

#ausnahmslos - EIN AUFRUF

Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.

Die Liebe Leser*innen, wir möchten euch auf einen Aufruf hinweisen, dieser heißt #ausnahmslos. Er bezieht sich auf die Übergriffe an Silvester in Köln und anderen Städten. Es geht den Verfasser*innen um sexualisierte Gewalt und um Rassismus. Da wir genau das auch Scheiße finden, hier die Forderungen des Aufrufs in gekürzter Fassung:

Das sind die politischen Forderungen des Bündnisses:

" 1. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden (...).

2. Die Gesetzeslage muss angepasst werden: Sexuelle Belästigung ist in Deutschland immer noch keine eigenständige Straftat. Und ob eine Vergewaltigung als strafbar gilt, wird (...) daran festgemacht, ob sich die betroffene Person ausreichend zur Wehr setzte.

3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit

gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.

4. Auch eine geschlechter-sensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.

5. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird."

Es folgen die Vorschläge für gesellschaftliche Lösungen:

" 6. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. (...)

7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. (...)

8. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen“: Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.

9. Wer Zeug_in von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen – von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze“ oder Werbung."

Zuletzt folgen die mediale Forderungen:

"10. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-“ oder „Beziehungs-drama“ verharmlost werden.

11. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale (...) Probleme anerkannt werden. Es muss ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.

12. Das Problem des Sexis-

mus und der sexualisierten Gewalt darf nicht „islamisiert“ und damit pauschal einer Religion (...) Redaktionen sollen (...) stigmatisierende Deutungen vermeiden (...).

13. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.

14. Redaktionen müssen vielfältiger werden. Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der

Journalist_innen in Deutschland nicht-deutscher Herkunft und Berufswege stehen vor allem Menschen mit formal hoher Bildung offen. (...)"

Den gesamten Aufruf findet ihr auch unter:

www.ausnahmslos.org oder hier:



WISSENSCHAFTSZEITVERTRAGSGESETZ

Kein Ende der Befristung in Sicht

Befristete Beschäftigung ist in der Wissenschaft durch das seit 2007 geltende Wissenschaftszeitvertragsgesetz Alltag geworden: Während Befristungen eigentlich (ohne wichtigen Grund) nur bis zu 2 Jahre betragen dürfen, können wissenschaftliche Mitarbeiter*innen jeweils vor und nach einer Promotion bis zu 6 Jahre befristet beschäftigt werden. Eine Gesetzesnovelle, die am 1. März 2016 in Kraft tritt, ist nun der Versuch, auf die vielfach geäußerte Kritik zu reagieren: Befristungen müssen sich im Falle von Drittmit-

telprojekten an deren Laufzeit orientieren und dürfen nicht mehr „unsachgemäß“ sein – außer, sie entsprechen „der angestrebten Qualifizierung“. Entgegen den Versprechungen der Bundesregierung schaffen solch schwammige Formulierungen wenig Sicherheit für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen.

Rechtsansprüche, z.B. auf Qualifizierung, sieht die Neuauflage des Gesetzes nicht vor.

Tatsächliche Lösungen für das Problem prekärer Beschäftigung wären die Abkehr von Sonderregelungen und die Schaffung von

mehr unbefristeten Stellen. Dass hierzu-lande über 70% der an Hochschulen beschäftigten Wissenschaftler*innen befristete Verträge haben, ist im internationalen Vergleich ein Armutszeugnis und verhindert neben guten Arbeitsbedingungen auch gesellschaftlichen Fortschritt, da viele Absolvent*innen unter solchen Verhältnissen keine Perspektive für sich in der Wissenschaft sehen. Auf mehr als nur marginale Verbesserungen lässt die Politik bislang jedoch warten.

Täglich grüßt die DHW

Werbung an der Uni ist für viele zur Gewohnheit geworden. Vor 3 Wochen konnten die Unimitglieder Gutscheine für ein Online Sportwetten-Portal beim Torwandschießen gewinnen. Neben der Blockierung durch Aufbauten kritisieren wir dies im Sinne der Suchtprävention ausdrücklich.

Werbung an deutschen Hochschulen ist seit 1996 erlaubt. Seitdem nimmt die Hochschulkommerzialisierung immer mehr zu, macht auch keinen Halt vor sexistischer und diskriminierender Werbung. An vielen Hochschulen wird kommerzielle Werbung durch die Deutsche Hochschulwerbung (DHW) betrieben, sie ist also für einen Großteil der Werbung verantwortlich.

Vor einiger Zeit lagen auch Flyer für ein Seminar eines selbsternannten „Pick-Up Artists“ aus und rechte Gruppen wie die Junge Freiheit nutzten die Uni für die Verbreitung ihrer Ideologie.

Die Hochschulvermarktung nimmt erschreckende Ausmaße an. Das sieht man besonders an der Jacobs

University, die 2007 nach ihren größten Sponsoren umbenannt wurde. Wir sprechen uns gegen diesen Trend aus und fordern, die Zusammenarbeit mit der DHW zu beenden und die Uni werbefrei zu halten. Die Uni ist ein Ort, an der kommerzielle Werbung nichts zu suchen hat.



Glücksspielwerbung an der Uni, zugewinnen gab es Gutscheine. Eine gute Suchtprävention sieht anders aus.
(Bilder: privat)



EINE UNI FÜR ALLE. GEHT NUR MIT ASTA FÜR ALLE.

Seit über 25 Jahren setzen sich Studierende an der Uni Bremen bei AstA für Alle (AfA) für eure Belange ein. Gemeinsam kämpfen wir für echte Chancengleichheit, gute Studienbedingungen und einen lebenswerteren Campus. Wir wollen, dass alle – ob aus reichem oder armem Elternhaus – den gleichen Zugang zu Bildung haben. Das bedeutet: keine Studiengebühren, angemessenes BAföG statt Elite-Stipendien und freien Zugang zu Bachelor und Master. Wir wollen ein solidarisches Miteinander auf einem Campus, auf dem man sich gern aufhält. Das bedeutet: gute Betreuung durch die Profs, studierendenfreundliche Öffnungszeiten von Mensa und Bibliotheken und weg mit dem ewigem Grau an der Uni – und mit Braun erst recht! Dafür kämpfen wir: im Akademischen Senat, in den Stugen und als stärkste Fraktion im Studierendenrat.

Jetzt mitmachen! Streite mit uns für bessere Studienbedingungen sowie für eine offene und solidarische Uni! www.asta-fuer-alle.info | info@asta-fuer-alle.info

Aktuelle Infos bei Facebook: www.facebook.de/astafueralle

Akademischer Senat der Uni Bremen für Strafverfolgung türkischer Wissenschaftler*innen?

Seit dem Scheitern einer Waffenruhe zwischen der türkischen Regierung und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK im Juli 2015 kommt es im Südosten der Türkei immer wieder zu Kämpfen mit Todesopfern.

Kürzlich haben Wissenschaftler*innen verschiedener türkischer Unis eine Petition unterzeichnet, in der sie die Regierung auffordern, den Krieg gegen die Menschen in den kurdischen Gebieten zu beenden. Sie forderten bspw. die Aufhebung von Ausgangssperren und kritisierten die Missachtung der Menschenrechte. Binnen kurzem unterzeichneten weltweit

über 1000 Wissenschaftler*innen. Viele Unterzeichnende waren Türken, die nach Aufforderung des Präsidenten Erdogan suspendiert oder entlassen wurden. Einige wurden mit dem Vorwurf des Landesverrats gar verhaftet.

Im AS unserer Uni sollte in der letzten Sitzung auf Initiative des Rektorats eine Solidaritätserklärung mit den betroffenen Unterzeichner*innen abgegeben werden. Während der Diskussion war klar, dass die Mehrheit der Anwesenden dies befürwortete. Allerdings äußerten zwei Professoren, am lautesten der Dekan des Fachbereichs 7,

Jochen Zimmermann, die Petition zumindest in Deutschland wahrscheinlich gesetzeswidrig sei. Auf dieser Grundlage wurde die von der Mehrheit gewünschte Einstimmigkeit des Beschlusses nicht erreicht, die Solidaritätserklärung somit ohne Abstimmung abgelehnt.

Wir verurteilen aufs Schärfste, dass aufgrund unzureichender Sachkenntnis und obrigkeitshörigen Einstellung einiger Weniger das Vorgehen der türkischen Regierung gutgeheißen und indirekt die Verhaftung von Menschen aufgrund der Äußerung ihrer Meinung legitimiert wird.



Engagier dich bei AstA für Alle!

Unser nächstes reguläres
Listentreffen findet statt:
am 28.01. um 20 Uhr im Hart
Backbord (Vegeacker Str. 60)

Egal ob du neu an der Uni bist und dich für Hochschulpolitik interessierst oder ob du dich schon immer mal hochschulpolitisch einbringen wolltest, Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind uns immer herzlichst willkommen!

A f A

asta für alle